Niederschrift
über die 33. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport
am **Donnerstag, 3. Dezember 2020, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder
Norbert Sprafke, Vorsitzender, SPD
Dorothee Köpp, 1. stellvertretende Vorsitzende, B90/Grüne
Johannes Gerken, Mitglied, SPD
Stefan Kurt Markl, Mitglied, SPD (Vertretung für Sabine Wurst)
Heidemarie Reimann, Mitglied, SPD
Holger Römer, Mitglied, CDU (bis TOP 5)
Jutta Schwalm, Mitglied, CDU
Jürgen Blutte, Mitglied, B90/Grüne
Gerhard Schenk, Mitglied, AfD
Violetta Bock, Mitglied, Kasseler Linke (Vertretung für Vera Katrin Kaufmann)
Vera Gleuel, Mitglied, Freie Wähler
Dr. Bernd Hoppe, Mitglied, Freie Wähler (WfK) (Vertretung für Andreas Ernst)

Teilnehmer mit beratender Stimme
Chuks-Lewis Samuel-Ehiwario, Vertreter des Ausländerbeirates
Helga Engelke, Vertreterin des Seniorenbeirates

Magistrat
Ilona Friedrich, Bürgermeisterin, SPD
Christof Nolda, Stadtbaurat, B90/Grüne

Schriftführung
Feyza Tanyeri, Hauptamt - Büro der Stadtverordnetenversammlung

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen
Dr. Anja Starick, Umwelt- und Gartenamt
Jan Benedix, Sozialamt
Anja Deiß-Fürst, Sozialamt
Axel Jäger, Amt für Hochbau und Gebäudebewirtschaftung

Tagesordnung:

1.	**Wahl einer Schriftführerin**	
2.	**Ausbildungs- und Arbeitsmarktstrategie der Stadt Kassel**	101.18.1890
3.	**Downhill-Strecke am Hohen Gras**	101.18.1863
4.	**Nachverfolgung von Infektionsketten/Kontakten im Bezug auf COVID-19**	101.18.1870
5.	**Ablehnung Downhillstrecke am Hohen Gras**	101.18.1873
6.	**Blindenpfad im Habichtswald**	101.18.1875
7.	**Chancengleichheit bei der Kitaplatzvergabe**	101.18.1905
8.	**Nutzung der Bundesförderung zur coronagerechten Um- und Aufrüstung von Lüftungsanlagen für städtische Sporteinrichtungen**	101.18.1923
9.	**Hygiene in den öffentlichen Toiletten**	101.18.1929
10.	**Aktuelle Situation in den Gemeinschaftsunterkünften der Stadt Kassel für Geflüchtete**	101.18.1937
11.	**Sicherheit von stationären Pflegeeinrichtungen bei COVID-19 Infektionen**	101.18.1949
12.	**Sars COV-2 Testzentrum in den städtischen Kliniken**	101.18.1951

Vorsitzender Sprafke eröffnet die mit der Einladung vom 26.November 2020 ordnungsgemäß einberufene 33. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Vorsitzender Sprafke teilt mit, dass er den **Tagesordnungspunkt 7**, betr. **Chancengleichheit bei der Kitaplatzvergabe**, 101.18.1905 aufgrund des fehlenden Votums des Jugendhilfeausschusses von der heutigen Tagesordnung abgesetzt hat und für die nächste Sitzung vormerken wird. Dagegen erhebt sich kein Wiederspruch.

Vorsitzender Sprafke stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

1. Wahl einer Schriftführerin

Vorsitzender Sprafke schlägt Frau Feyza Tanyeri, Hauptamt, Büro der Stadtverordnetenversammlung, zur Wahl als Schriftführerin vor.
Die Wahl wird per Handaufheben durchgeführt.

Wahlvorschlag

Feyza Tanyeri

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport wählt einstimmig
Frau Feyza Tanyeri
zur Schriftführerin.

Frau Tanyeri nimmt die Wahl an.

2. Ausbildungs- und Arbeitsmarktstrategie der Stadt Kassel Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 2. November 2020 Bericht des Magistrats -101.18.1890-

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport die Ausbildungs- und Arbeitsmarktstrategie der Stadt Kassel vorzustellen und über die sich aktuell aus der Strategie ergebenden konkreten Umsetzungsmaßnahmen zu berichten.

Bürgermeisterin Friedrich und Herr Benedix, Sozialamt, stellen den Bericht vor und beantworten im Anschluss die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Bericht des Magistrats wird zur Kenntnis genommen.

Die Tagesordnungspunkte 3 und 5 werden gemeinsam zur Beantwortung aufgerufen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

3. Downhill-Strecke am Hohen Gras
Anfrage der SPD-Fraktion
- 101.18.1863 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie bewertet der Magistrat die Entscheidung der Unteren Naturschutzbehörde zur Downhill-Strecke am Hohen Gras?
2. Welche artenschutzrechtlichen Gründe sind im Gutachten genannt, die das Projekt gefährden?
3. Wie bewertet der Magistrat das vorliegende Gutachten des Büros für angewandte Ökologie und Forstplanung (BÖF)?
4. Wie ist die Haltung des Naturparks Habichtswald zu den Einwänden der Unteren Naturschutzbehörde?
5. Warum wurden keine attraktiven Streckenalternativen gefunden?
6. Wie soll das strategische Ziel, den Habichtswald als Freizeit-, Naherholungs- und Sportareal attraktiver zu gestalten, dennoch erreicht werden?
7. Wie arbeitet der Magistrat mit dem PSV Grün-Weiß zusammen weiterhin zusammen, damit die Downhill Strecke realisiert werden kann?
8. Wie will man den Bedarf an legalen Strecken decken?

Bürgermeisterin Friedrich, Stadtbaurat Nolda und Frau Dr. Starick beantworten die Anfrage und die sich anschließenden Fragen der Ausschussmitglieder. Die schriftliche Beantwortung wird der Niederschrift beigefügt.

Nach Beantwortung durch Bürgermeisterin Friedrich und Stadtbaurat Nolda erklärt Vorsitzender Sprafke die Anfrage für erledigt.

5. Ablehnung Downhillstrecke am Hohen Gras
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.18.1873 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Am Hohen Gras in Kassel wird es vorerst kein Downhillangebot für Mountainbiker geben. Warum hat die Untere Naturschutzbehörde (UNB) nur einen Teil des Konzeptes genehmigt?

2. Welche Auflagen gab es mit der Genehmigung?

3. Warum wurden städtische Fördergelder in ein Projekt investiert, dass dann kurz vor der Vollendung von der Unteren Naturschutzbehörde nicht genehmigt wird?

4. Gab es keine Absprache zwischen den Ämtern?

5. Wie viele Euros aus städtischen Fördermitteln wurden dem Verein PSV Grün-Weiß Kassel für Investitionen zur Verfügung gestellt?

6. Was passiert mit den getätigten Investitionen?

7. Fallen Rückbaukosten an?

8. Wenn ja, wer trägt diese?

9. Hessenforst als Vertreter des Waldeigentümers hat ein großes Interesse daran, „dass am Hohen Gras ein legales Angebot geschaffen wird“ (HNA vom 15.9.20): Wie geht es jetzt mit den seit vielen Jahren laufenden Planungen für so eine Strecke weiter?

10. Welche Auswirkungen hat die Nichtgenehmigung auf den Skiliftbetrieb am „Hohen Gras“, der im Sommer von den Downhillern genutzt und deshalb gekauft werden sollte?

Bürgermeisterin Friedrich, Stadtbaurat Nolda und Frau Dr. Starick beantworten die Anfrage und die sich anschließenden Fragen der Ausschussmitglieder. Die schriftliche Antwort wird der Niederschrift beigefügt.

Nach Beantwortung durch Bürgermeisterin Friedrich und Stadtbaurat Nolda erklärt Vorsitzender Sprafke die Anfrage für erledigt.

4. Nachverfolgung von Infektionsketten/Kontakten im Bezug auf COVID-19
Anfrage der AfD-Fraktion
- 101.18.1870 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. In wie vielen Fällen wurden Kontakte von mit COVID-19 infizierten Personen nachverfolgt?

2. In wie vielen Fällen wurden nach Veranstaltungen mit Personen-Registrierung Kontakte von mit COVID-19 infizierten Personen nachverfolgt?

3. Welche Veranstaltungen betraf diese Maßnahme?

4. Wie oft konnten dabei weitere Infektionen festgestellt werden?

5. Wie viele Mitarbeiter waren mit diesen Nachverfolgungen beschäftigt?

6. Welche Kosten entstanden der Stadt Kassel bisher (Stand 31.08.2020) durch diese Aufgabe?

Bürgermeisterin Friedrich beantwortet die Anfrage und die sich anschließenden Fragen der Ausschussmitglieder.

Nach Beantwortung durch Bürgermeisterin Friedrich erklärt Vorsitzender Sprafke die Anfrage für erledigt.

5. Ablehnung Downhillstrecke am Hohen Gras
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.18.1873 -

Der Tagesordnungspunkt 5 wurde vorgezogen und gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 3 zur Beantwortung aufgerufen.

6. Blindenpfad im Habichtswald
Antrag der SPD-Fraktion
- 101.18.1875 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, sich für den Erhalt des Blindenwanderweges im Habichtswald einzusetzen und dabei gilt es ...:

- alternative Routenführungen und alternative Standorte zu prüfen.
- die ÖPNV-Anbindung kritisch zu prüfen, um die Erreichbarkeit des Weges sowie dessen Nutzungshäufigkeit zu verbessern.
- zu prüfen, ob und wenn ja welche externe Finanzquellen erschlossen werden können.

In diese Diskussion sollen Behindertenbeirat, Blindenbund, die betroffenen Schulen, der Ortsbeirat, das Umweltamt, Hessenforst und der Zweckverband Habichtswald sowie interessierte Bürger*innen einbezogen werden. Denn der Blindenwanderweg ist ein wichtiges inklusives Projekt u.a. für Blinde, Menschen mit Sehbehinderung oder beginnender Demenz oder Kinder.

Stadtverordneter Sprafke, SPD-Fraktion, begründet den Antrag seiner Fraktion.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der SPD-Fraktion betr. Blindenpfad im Habichtswald, 101.18.1875, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Johannes Gerken

7. Chancengleichheit bei der Kitaplatzvergabe
Antrag der SPD-Fraktion
- 101.18.1905 -

Abgesetzt

8. Nutzung der Bundesförderung zur coronagerechten Um- und Aufrüstung von Lüftungsanlagen für städtische Sporteinrichtungen
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.18.1923 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

Das Bundeswirtschaftsministerium fördert Corona-gerechte Um- und Aufrüstung von Lüftungsanlagen mit bis zu 100.000 Euro pro Ertüchtigung. Welche städtischen Sporteinrichtungen werden diese Fördergelder in Anspruch nehmen können?

Bürgermeisterin Friedrich und Herr Jäger, Amt für Hochbau und Gebäudebewirtschaftung, beantworten die Anfrage.

Nach Beantwortung durch Bürgermeisterin Friedrich erklärt Vorsitzender Sprafke die Anfrage für erledigt.

9. Hygiene in den öffentlichen Toiletten
Anfrage der AfD-Fraktion
- 101.18.1929 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Inwieweit werden die Anforderungen der derzeit geltenden oder zu erwartenden Hygienestandards bei der Unterhalts- und/oder Grundreinigung von öffentlichen Sanitäranlagen (Toiletten, Schwimmbäder etc.) eingehalten?

2. Inwieweit werden die Anforderungen der derzeit geltenden oder zu erwartenden Hygienestandards bei der Unterhalts- und/oder Grundreinigung von nicht nur öffentlichen (publikumsverkehrenden) Amts- und Diensträumen, Schulen, Kitas usw. der Stadt Kassel auf die Reinigung von Tür-/Fenstergriffen und deren Umgebung am Türblatt/Fenster (werden dort auch angefasst, um Türen und Fenster zu bewegen) und Rahmen eingehalten?

3. Inwieweit werden die Anforderungen der derzeit geltenden oder zu erwartenden Hygienestandards, falls nicht in den Reinigungsplänen der Unterhalts- und/oder Grundreinigung enthalten, durch eventuell angesetzte Sonderreinigungsintervalle z. B. im Rahmen einer Sichtreinigung eingehalten?

4. Inwieweit werden die Anforderungen der derzeit geltenden oder zu erwartenden Hygienestandards bei der Unterhalts- und/oder Grundreinigung von nicht explizit erwähnten öffentlichen Einrichtungen, z. B. Bürgerhäuser und Veranstaltungsorte, die die Stadt Kassel zur Verfügung stellt oder durch Dritte für sie zur Verfügung gestellt werden, eingehalten?

5. Inwieweit sind die Sanitärbereiche der o. g. Räumlichkeiten mit den grundlegenden Voraussetzungen für die Einhaltung von hygienischen Mindeststandards wie Waschbecken, Seife, Desinfektionsmittel und Handtücher ausgestattet?

6. Inwieweit werden die Anforderungen der derzeit geltenden oder zu erwartenden Hygienestandards bei der Unterhalts- und/oder Grundreinigung der Verkehrsmittel des ÖPNV's, insbesondere der Türgriffe, Öffnungs- und Signaltasten, Haltegurte und -stangen, Sitze, Fahrscheinautomaten etc. eingehalten und inwieweit kann der Magistrat die Einhaltung dieser Anforderungen im Rahmen eines „Durchgriffsrechts" bezüglich seiner Beteiligung oder vertraglichen Bindung an den beteiligten Verkehrsbetrieben durchsetzen?

7. Inwieweit sind die Anforderungen der derzeit geltenden oder zu erwartenden Hygienestandards bei der Unterhalts- und/oder Grundreinigung in den bisherigen Reinigungsplänen für die in 1 bis 6 genannten Anfragen enthalten und werden diese auch dementsprechend durchgeführt und kontrolliert?

8. In welchen Zeitabständen werden, wenn nicht regelmäßig, solche hygienisch wertvollen Reinigungsmaßnahmen der Nummern 1 bis 6 durchgeführt?

9. Inwieweit wird sichergestellt, dass das die Reinigungsleistung erbringende Unternehmen und das vor Ort eingesetzte Personal auch tatsächlich die Qualifikation besitzt, einen systematischen Reinigungsablauf unter Anwendung der richtigen Hilfsmittel, insbesondere von Sanitärräumen, nach den derzeit geltenden oder zu erwartenden Hygienestandards bei der Unterhalts- und/oder Grundreinigung vornimmt oder vornehmen kann?

10. Welche Maßnahmen (Flyer, Info-Veranstaltungen etc.) hat der Magistrat in dieser Legislaturperiode seit 2016 bisher unternommen, um die Bürger über die richtigen Hygiene-Maßnahmen zu informieren?

Bürgermeisterin Friedrich teilt mit, dass sie die umfangreiche Beantwortung aus Zeitgründen in der heutigen Sitzung nicht geben kann.

Erneute Behandlung in der nächsten Sitzung.

10. Aktuelle Situation in den Gemeinschaftsunterkünften der Stadt Kassel für Geflüchtete
Anfrage der SPD-Fraktion
- 101.18.1937 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele Menschen leben derzeit in den städtischen Gemeinschaftsunterkünften?

2. Die Stadt Kassel verfolgt seit vielen Jahren die Strategie der dezentralen Unterbringung.

3. Wie ist die aktuelle Situation (Anzahl der Unterkünfte und Verteilung nach Stadtteilen)?

4. Welche Vorkehrungen wurde von Seiten des Sozialamtes beim Umgang mit der Pandemie in den letzten Wochen getroffen (Information der Bewohner/innen und Betreiber/innen, Belegungspraxis, Hygienekonzepte, Quarantäne, soziale Betreuung)?

5. Wie bewertet der Magistrat die eingeleiteten Maßnahmen und die aktuelle Situation in den Gemeinschaftsunterkünften?

6. Wie ist der Sachstand zur Aufnahme von Geflüchteten aus Griechenland?

Bürgermeisterin Friedrich beantwortet die Anfrage. Die schriftliche Beantwortung wird der Niederschrift beigefügt.

Nach Beantwortung durch Bürgermeisterin Friedrich erklärt Vorsitzender Sprafke die Anfrage für erledigt.

11. Sicherheit von stationären Pflegeeinrichtungen bei COVID-19 Infektionen
Anfrage der AfD-Fraktion
- 101.18.1949 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie sind die Zuständigkeiten des Gesundheitsamtes Region Kassel bezüglich Einrichtungen im Stadtgebiet und im Landkreis Kassel organisiert?

2. Ist im Stadtgebiet gesichert, wenn ja, seit wann, dass beim Auftreten eines COVID-19-Infektionfalles in der Belegschaft einer Einrichtung unverzüglich (binnen 24 Stunden) die übrige Belegschaft vollständig auf weitere COVID-19-Infektionen getestet wird?

3. Ist im Stadtgebiet gesichert, wenn ja, seit wann, dass im Falle eines COVID-19-Infizierten in der Belegschaft einer Einrichtung unverzüglich auf den Gebrauch von FFP-2-Masken ohne Ausatemventil umgestellt wird.

4. Ist im Stadtgebiet gesichert, wenn ja, seit wann, dass im Falle von Mangel an solchen FFP-2-Masken in einer betroffenen Einrichtung dieser innerhalb von 6 Stunden aus einem Lagerbestand im Zugriff des Gesundheitsamtes behoben wird?

5. Das Bundesgesundheitsministerium besitzt über 150 Mio. FFP-2-Masken, gekauft im April mit Steuergeldern der Bürger für € 4,50 pro Stück. Sind diese Masken für Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Ambulanzen und Arztpraxen oder das Gesundheitsamt erhältlich, wenn ja wie?

Bürgermeisterin Friedrich beantwortet die Anfrage und die sich anschließenden Fragen der Ausschussmitglieder.

Nach Beantwortung durch Bürgermeisterin Friedrich erklärt Vorsitzender Sprafke die Anfrage für erledigt.

12. Sars COV-2 Testzentrum in den städtischen Kliniken
Anfrage der AfD-Fraktion
- 101.18.1951 –

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

Ende der Sitzung: 18:54 Uhr

Norbert Sprafke
Vorsitzender

Feyza Tanyeri
Schriftführerin

Anlage zu TOP 10

Magistrat der Stadt Kassel
Dezernat für Bürgerangelegenheiten und Soziales

Kassel, 16. November 2020

Anfrage der SPD-Fraktion vom 4. November 2020
Vorlage Nr. 101.18.1937
Aktuelle Situation in den Gemeinschaftsunterkünften der Stadt Kassel für Geflüchtete

1. **Frage:**
   Wie viele Menschen leben derzeit in den städtischen Gemeinschaftsunterkünften?

   Antwort:
   Derzeit leben etwa 1.000 Geflüchtete in den Gemeinschaftsunterkünften.

2. **Frage:**
   Die Stadt Kassel verfolgt seit vielen Jahren die Strategie der dezentralen Unterbringung.

   Antwort:
   Diese Strategie wird auch weiterhin verfolgt. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass diese Form der Unterbringung sozialverträglicher ist und sich günstig auf die Integration Geflüchteter in die Gesellschaft auswirkt. Insgesamt werden aktuell außer den großen Gemeinschaftsunterkünften (ab 50 Plätze) noch 35 kleine Unterkünfte mit überwiegend Wohnungscharakter zur Unterbringung Geflüchteter genutzt.

3. **Frage:**
   Wie ist die aktuelle Situation (Anzahl der Unterkünfte und Verteilung nach Stadtteilen)?

   Antwort:
   Neben den oben genannten 35 kleinen Unterkünften werden noch sieben große Unterkünfte für die Unterbringung genutzt. Auch diese haben zum Teil Wohnungscharakter. Die Jägerkaserne wird zum 31. Dezember 2020 aufgelöst, das Nordstadtquartier wird nach aktuellen Planungen zum 30. Juni 2021 als Gemeinschaftsunterkunft aufgegeben.

Stadtteil	Anzahl der Unterkünfte	Anzahl der Plätze
Nord	6	525
Bettenhausen	5	215
Niederzwehren	1	195
Wehlheiden	4	242
Wesertor	2	248
Harleshausen	5	106
Mitte	3	119
Oberzwehren	4	79
Fasanenhof	1	Jeweils weniger als 40 Plätze
Forstfeld	2	
Jungfernkopf	1	

Kirchditmold	2	
Nordshausen	3	
Philippinenhof	1	
Rothenditmold	1	
Wolfsanger	1	

Durch die Reduzierung von Unterbringungskapazitäten befindet sich in einigen Stadtteilen keine Unterkunft für Geflüchtete mehr.

4. **Frage:**
Welche Vorkehrungen wurde von Seiten des Sozialamtes beim Umgang mit der Pandemie in den letzten Wochen getroffen (Information der Bewohner/innen und Betreiber/innen, Belegungspraxis, Hygienekonzepte, Quarantäne, soziale Betreuung)?

Antwort:
Zu Beginn der Pandemie wurden umgehend Maßnahmen im Hinblick auf die Belegung der Unterkünfte ergriffen. Grundsätzlich waren seit Ende März nur noch Familien oder unter Beachtung der Abstandsregelungen max. zwei Personen in den Zimmern untergebracht. Die Einrichtungen wurden ständig über die einzuhaltenden Hygienevorschriften und Abstandsregelungen informiert und entsprechende Informationen (Flyer, Plakate) in unterschiedlichen Sprachen bereitgestellt. Außerdem werden Unterbringungsmöglichkeiten zur kurzfristigen Isolation von Personen mit Quarantäneanordnung vorgehalten.

Die Stadt Kassel ist nicht selbst Betreiberin der Unterkünfte, so dass die Verantwortung für das Erstellen von Hygienekonzepten sowie deren Einhaltung bei den Betreibern bzw. Eigentümern liegt. Die Stadt Kassel steht jedoch seit Beginn der Pandemie in regelmäßigem Austausch mit den Betreibern und Eigentümern, um jeweils über aktuelle Regelungen zu informieren und Fragen zu beantworten.

Der Caritasverband Nordhessen-Kassel e. V. bzw. piano e. V. (in der GU Bunsenstraße) sind im Rahmen der ebenfalls vertraglich geregelten Betreuung in den Unterkünften regelmäßig vor Ort, um die Bewohnerinnen und Bewohner zu beraten, sich ihrer Probleme anzunehmen, Hilfestellung anzubieten und auf die Einhaltung der Hygieneregeln hinzuwirken.

Im Rahmen der Gewährleistung der im Frühjahr durch das Land verordneten Zugangsbeschränkungen und im Falle angeordneter Quarantänemaßnahmen unterstützte die Stadt Kassel die Betreiber bei der Überwachung und Einhaltung der Maßnahmen sowie bei Bedarf bei der Versorgung der Bewohnerinnen und Bewohner.

5. **Frage:**
Wie bewertet der Magistrat die eingeleiteten Maßnahmen und die aktuelle Situation in den Gemeinschaftsunterkünften?

Antwort:
Die seitens des Sozialamtes umgehend eingeleiteten Maßnahmen zur Minimierung des Infektionsrisikos waren sehr vorausschauend und zielführend. Es wurde durch die Ausnutzung freier Kapazitäten ermöglicht, dass Personen in den Unterkünften die Abstandsregelungen,

insbesondere in den zugewiesenen Zimmern einzuhalten. Durch die offensive Informationspolitik und die gute Zusammenarbeit mit den Betreibern sowie dem Caritasverband Nordhessen-Kassel e. V. und piano e. V., die die soziale Beratung Geflüchteter übernehmen, wurde zeitnah und umfassend auf erforderliche Maßnahmen hingewiesen. Die Betreiber, die Eigentümer und die Sozialberatung haben sich verantwortungsbewusst verhalten und in Kooperation mit dem Sozialamt und dem Gesundheitsamt alle möglichen und erforderlichen Schritte eingeleitet, um Menschen vor einer Infektion zu schützen und diese auch auf ihre Eigenverantwortung hinzuweisen. Dies ist aus Sicht des Magistrats sehr gut gelungen.

Insgesamt ist die Lage in den Unterkünften aufgrund des o.g. Vorgehens insgesamt unkritisch. Die Bewohnerinnen und Bewohner reagieren zum größten Teil verständnisvoll und besonnen. Bisher gab es in den Gemeinschaftsunterkünften nur vereinzelte Infektionsfälle.
Lediglich im April und Juni 2020 wurden aufgrund einzelner Infektionsfälle Quarantäneanordnungen für Bewohnerinnen und Bewohner zweier großer Einrichtungen ausgesprochen. Die erkrankten Personen konnten separat in eigenen Bereichen untergebracht werden und wurden über die Betreiber und Ehrenamtliche mit den notwendigen Dingen des täglichen Bedarfs (Lebensmittel, Hygieneartikel etc.) versorgt. Die Betreiber haben umgehend reagiert und entsprechende Schutzmaßnahmen umgesetzt.

Abschließend ist anzumerken, dass für die Lage in den Unterkünften insbesondere auch die Akzeptanz der Untergebrachten (und des Personals) für die allgemein empfohlenen Schutzmaßnahmen maßgeblich ist, egal ob diese verbindlich festgelegt oder nur empfohlen werden. Ein guter und vertrauensvoller Kontakt der Hausleitungen/Betreiber zu den Bewohnerinnen und Bewohnern ist hierfür die wichtigste Grundlage, da Hygieneregeln auch dann eingehalten werden müssen, wenn kein Personal vor Ort ist.

6. **Frage:**
Wie ist der Sachstand zur Aufnahme von Geflüchteten aus Griechenland?

Antwort:
Die Stadt Kassel hat Ende Oktober bereits eine der ersten Familien, die in Hessen ankamen, aufgenommen. Die fünfköpfige Familie wurde in einer Gemeinschaftsunterkunft untergebracht. Informationen, ob und ggf. wann weitere Familien in Hessen ankommen und verteilt werden, liegen aktuell nicht vor.

Ilona Friedrich
Bürgermeisterin